



## **Nicht zu viel, sondern zu wenig ökonomische Bildung in NRW**

### **Stellungnahme des VÖBAS-Vorstands vom 12.1.2019**

Es klingt nach einer wissenschaftlichen Sensation und wurde so auch von Teilen der veröffentlichten Meinung wahrgenommen: Ein Forscherteam um Professor Dr. Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld habe herausgefunden, dass im Unterricht der Fächer Politik und Politik-Wirtschaft an nordrheinwestfälischen Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien der Anteil von wirtschaftlichen Themen deutlich höher als der von politischen sei. Allerdings nehmen wir als Praktiker, die in den verschiedenen Schulformen sich schon seit Jahren in zahlreichen Projekten für eine stärkere Verankerung ökonomischer Inhalte engagieren, eine völlig andere Realität wahr. Die von Hedtke und seinen Mitarbeitern mit scheinbarer Akribie erstellten Berechnungen zu den Anteilen politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Inhalte an den Themen- und Kompetenzkatalogen der Kernlehrpläne stellen die tatsächlichen Verhältnisse in den Schulen teilweise regelrecht auf den Kopf, und zwar aus drei Gründen:

Erstens ist die eindeutige Zuordnung einzelner Themen zu den vermeintlich trennscharfen Kategorien Politik, Ökonomie und Gesellschaft nicht immer möglich; so kann beispielsweise der Sozialstaat sowohl Gegenstand politischer und soziologischer als auch ökonomischer Betrachtung sein. Auch wenn wir bei unserer eigenen Analyse der fachlichen Schwerpunkte zu höheren Werten für den politischen und niedrigeren Werten für den ökonomischen Lernbereich als Hedtke kommen, wollen wir gern zugestehen und haben übrigens nie bestritten, dass die Kernlehrpläne für die Sekundarstufe I in der Tat wichtige ökonomische Inhalte (wie Marktwirtschaft, Wirtschaftskreislauf, Geldfunktionen etc.) enthalten.

Zweitens ist es nicht nur fachlich unzulässig, sondern auch unredlich, sämtliche Maßnahmen der beruflichen Orientierung (wie Schülerbetriebspraktika, Berufsfelderkundungen, Besuche in den Berufsinformationszentren, Potenzialanalysen etc.) einseitig der ökonomischen Bildung zuzurechnen. Bei der Berufs- und Studienorientierung handelt es sich nämlich ausweislich der Erlasslage um eine gesamtschulische Aufgabe, zu der freilich die ökonomische Bildung zusammen mit anderen Fächern (u.a. Deutsch, Ethik, Religion) wichtige Beiträge leisten kann. Es ist folglich kaum verwunderlich, wenn durch solche Zurechnungen ein vermeintliches Übergewicht des Lernbereichs Wirtschaft zustande kommt.

Drittens sitzen Hedtke und seine Mitstreiter einer fatalen Verwechslung von Norm und Realität auf. Kernlehrpläne beschreiben Ansprüche an das schulische Lehren und Lernen, nicht aber die Wirklichkeit an und in den Schulen. An den Lehrplanforderungen lässt sich nicht ablesen, ob, in welchem Umfang, auf welche Weise und auf welchem fachlichen Niveau die vorgesehenen ökonomischen (und politischen) Inhalte im Unterricht behandelt werden. Wir kennen in NRW großartige Beispiele für einen lebens- und alltagsnahen wie problemorientierten Wirtschaftsunterricht, die eindrucksvoll die Möglichkeiten ökonomischer Bildung demonstrieren. Gleichzeitig müssen wir aber – übrigens in Übereinstimmung mit der Hedtke-Studie – feststellen, dass besonders an den Real- und Gesamtschulen der Politikunterricht in einem hohen Maße fachfremd erteilt wird. Wir kennen Schulen, an denen kein einziger ausgebildeter Politiklehrer, geschweige denn ein Wirtschaftslehrer eingesetzt ist. Das liegt nicht nur an der Einstellungspolitik der Schulen und Behörden, sondern auch schlicht an der Tatsache, dass beispielsweise für das Fach Wirtschaft im Lernbereich Arbeitslehre schon seit Jahrzehnten nicht mehr ausgebildet wird.

Erschwerend kommt hinzu, dass auch ein sozialwissenschaftliches Lehramtsstudium an einer nordrheinwestfälischen Hochschule die angehenden Lehrkräfte nicht notwendig optimal für einen fachlich fundierten Wirtschaftsunterricht vorbereitet. In manchen Hochschulen sehen die Studiengänge nur einen eher symbolischen Anteil obligatorischer ökonomischer Inhalte vor, andere Hochschulen bieten immerhin fakultativ die Möglichkeit, für das Fach Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe einen ökonomischen Schwerpunkt zu studieren. Mehrheitlich aber haben die meisten Lehrkräfte aufgrund ihrer fachlichen Sozialisation ein eher politikwissenschaftliches oder soziologisches Selbstverständnis ausgeprägt und tun sich trotz individueller wie institutioneller Fortbildung oft schwer, die spezifischen Ansprüche des ökonomischen Lernbereichs zu realisieren.

Entschieden zurückzuweisen ist im Übrigen die Folgerung, die Landesregierung nehme „politische Bildung oder Bildung für die Demokratie“ nicht besonders ernst. Eine Kürzung des Unterrichts im Fach Politik ist nicht vorgesehen.

Wir begrüßen die Initiative des Schulministeriums zur Einführung des Faches Wirtschaft auch als den längst überfälligen Versuch, endlich die Kluft zwischen dem in Rahmenvorgaben und Lehrplänen formulierten Anspruch und der in den Schulen realisierten prekären Praxis ökonomischer Bildung im Lande NRW zu schließen. Damit dies gelingen kann, brauchen wir nicht nur neue curriculare Vorgaben, sondern auch und vor allem eine bessere und verbindlichere Lehreraus-, fort- und –weiterbildung, geeignete (analoge wie digitale) Unterstützungssysteme für einen modernen Wirtschaftsunterricht sowie eine fachbezogene Lehrereinstellungspraxis.